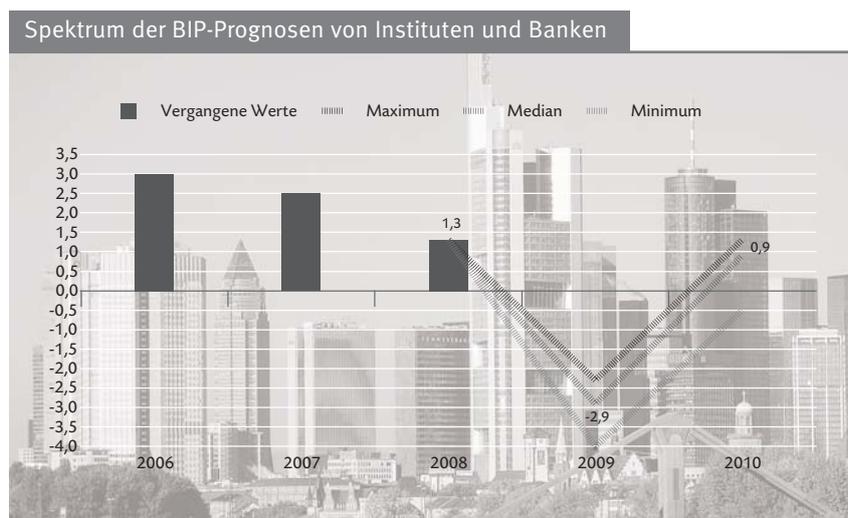


Deutschland steckt in der Rezession

Zur anhaltenden Krise auf den internationalen Finanzmärkten ist eine gravierende Störung auf den Güter- und Arbeitsmärkten hinzugekommen. Was seit dem Zusammenbruch einer US-amerikanischen Spezialbank im Herbst letzten Jahres an Belastungen über die Weltwirtschaft hereingebrochen ist, hat mittlerweile historische Dimensionen angenommen.



Mit außergewöhnlicher Schnelligkeit und Gleichzeitigkeit sind die Volkswirtschaften weltweit in die Rezession gerutscht. Seit dem zweiten Quartal 2008 sinkt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den meisten Ländern Europas, Amerikas und Asiens. In Deutschland ging das BIP das dritte Mal in Folge zurück. Besonders stark war der Einbruch vom dritten zum vierten Quartal 2008. Das preis-, saison- und kalenderbereinigte BIP ging innerhalb dieses Zeitraums um 2,1 v.H. zurück. Dies stellte den größten Rückgang seit mehr als 20 Jahren da. Insbesondere der Außenbeitrag war für diese Entwicklung verantwortlich, was angesichts der stark gesunkenen Nachfrage bei vielen Handelspartnern Deutschlands kaum über-

raschen dürfte. So sind die Exporte im Quartalsvergleich um 7,3 v.H. zurückgegangen, die Importe jedoch nur um 3,6 v.H. Da die deutschen Unternehmen auf diese verringerte Nachfrage nicht immer zeitgleich reagieren konnten, kam es im gleichen Zeitraum zu einem Anstieg der Lagerbestände der Unternehmen um 0,5 v.H. Weiterhin verantwortlich für die negative Entwicklung zum Jahresende war ein starker Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 4,9 v.H. Die Bauinvestitionen waren im vierten Quartal um 1,3 v.H. niedriger als im Vorquartal. Der private Konsum blieb dagegen nahezu unverändert.

Derzeit sind die Volkswirtschaften einer enormen Belastung ausgesetzt. Die Stabilität des Finanzsystems ist

noch nicht wieder hergestellt. Nach wie vor misstrauen die Banken einander und die Rekapitalisierung vieler Finanzinstitute kommt nur schleppend voran.

Trübe Aussichten

Die meisten konjunkturellen Frühindikatoren sind aktuell noch abwärts gerichtet und geben keine Anhaltspunkte für ein absehbares Ende der Konjunkturkrise. Dennoch gibt es Ausnahmen. Zu diesen gehören die ZEW-Konjunkturerwartungen, die im Februar zum vierten Mal in Folge – ausgehend von einem äußerst niedrigen Niveau – gestiegen sind. Der Indikator hat 25,2 Punkte zugelegt und liegt nun bei minus 5,8 Punkten nach minus 31,0 Punkten im Vormonat. Mit diesem Wert liegen die ZEW-Konjunkturerwartungen weiterhin unter ihrem historischen Mittelwert von 26,4 Punkten. Sollte der übliche Vorlauf auch im derzeitigen Konjunkturzyklus gelten, könnte es in einem

IN DIESER AUSGABE

Deutschland steckt in der Rezession	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU . . .	3
Ergebnisse der Februarumfrage 2009	4
Wirtschaftszweig bei Lage und Geschäftserwartungen gespalten	5
Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen . . .	6
Determinanten der Effizienz lokaler Gebietskörperschaften	8
Quantitative Methoden in der Modernen Makroökonomik	10
Zur Preisentwicklung im Euroraum	12

halben Jahr zu einer allmählichen Erholung der Konjunktur kommen.

Hohe Prognoseunsicherheit

Die Erwartungen der Konjunkturbeobachter für das Gesamtjahr 2009 haben sich zu Anfang des Jahres allerdings weiter verschlechtert. In unserer letzten Prognoseübersicht vom Dezember 2008 lag der Median der Erwartungen für die BIP-Entwicklung im Jahr 2009 noch bei -1,2 v.H., und selbst die größten Pessimisten erwarteten lediglich einen Rückgang um 2,2 v.H. In der aktuellen Übersicht haben sich die Prognosen deutlich verschlechtert, der Median beträgt inzwischen -2,9 v.H. Gleichzeitig ist aber auch die Unsicherheit unter den Prognostikern weiter angestiegen. So wird selbst ein Rückgang um 5 v.H. oder mehr nicht ausgeschlossen. Zum besseren Verständnis dieser Prognosen sei auf folgenden statistischen Übertragungseffekt verwiesen: Da die deutsche Wirtschaft aufgrund des außergewöhnlichen Einbruchs der BIP-Veränderungsrate im 4. Quartal 2008 mit einem statistischen Unterhang von -2 v.H. in das Jahr 2009 startet, wäre selbst bei einer von nun an stagnierenden Entwicklung des BIP mit einem Minuswachstum von 2 v.H. im laufenden Jahr zu rechnen. Auch wenn für das

Ende des aktuellen Jahres bereits wieder mit einer leichten Belebung gerechnet wird, erwarten Konjunkturoperaten für das kommende Jahr nur eine moderate Entwicklung. Im Median wird für 2010 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um nur 0,9 v.H. gerechnet.

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigen sich die Belastungen durch die globale Wirtschaftskrise immer deutlicher. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Im Februar hat die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt erneut deutlich zugenommen. Gleichzeitig nahm die Erwerbstätigkeit ab, und die Arbeitskräftenachfrage ging weiter zurück. Allerdings überbrücken viele Unternehmen die derzeitige Absatzflaute mit Kurzarbeit und vermeiden dadurch vorerst Entlassungen.

In den kommenden Monaten ist mit einem weiteren Beschäftigungsrückgang und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Für dieses Jahr gehen die Prognostiker von einer Arbeitslosenquote über 8 v.H. aus.

Regierungen handeln

Außergewöhnlich tatkräftig haben die Regierungen in fast allen Industrieländern auf den Abschwung reagiert. Milliarden schwere Konjunkturprogramme

sollen durch Investitionen, Steuererleichterungen und gezielte Beihilfen für besonders stark betroffene Branchen dazu beitragen, die Rezession abzumildern. Großes Lob erntet das deutsche Konjunkturpaket von Finanzexperten der Europäischen Kommission. In einer kürzlich erschienenen Studie heißt es, man sehe in den Maßnahmen ein hohes Potential die Nachfrage zu stimulieren, indem sie Haushalte und Unternehmen, die unter der Kreditklemme leiden, unterstützen. Nach der Zusammenstellung der Kommission wendet kein großes EU-Land – gemessen am Anteil des BIP – mehr für die Stabilisierung der Konjunktur auf als Deutschland. 2009 entsprechen die Ausgaben 1,5 v.H. des BIP, 2010 sogar 1,9 v.H.

Mit den milliardenschweren Maßnahmen des Konjunkturpakets kehrt aber das Thema Neuverschuldung zurück. So dürfte sich der Finanzierungssaldo des Staates nach zwei Jahren mit fast ausgeglichener Bilanz im laufenden und kommenden Jahr deutlich verschlechtern. Die Bundesbank erwartet für das laufende Jahr ein Defizit in Höhe von 3 v.H., das sich 2010 bis auf 4 v.H. erhöhen dürfte. Erst für die Folgejahre wird wieder mit einem Rückgang knapp unter die Maastricht-Grenze von 3 v.H. gerechnet.

*Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de
Steffen Osterloh, osterloh@zew.de*

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2008, 2009 und 2010

	Statist. BA		Europäische Kommission			IfW		WestLB		BHF-Bank		Postbank		Commerzbank	
	2008	2009	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	
BIP, real	1,3	-2,3	0,7	-2,7	0,3	-2,5	1,3	-3,0	-0,5	-3,3	1,2	-3 bis -4	1,0		
Privater Konsum	-0,1	0,8	0,0	0,5	0,5	0,5	0,2	-0,5	-0,2	0,7	1,2	-0,8	-0,3		
Konsumausgaben des Staates	2,0	2,1	2,1	1,7	1,6	2,0	1,7	3,8	1,9	2,9	2,4	2,1	2,2		
Bruttoanlageinvestitionen	4,4	-5,2	1,1	-3,3	1,0	-5,0	2,8	-5,6	-2,4	-4,6	1,8	-7,3	1,8		
Exporte	2,7	-6,1	1,4	-8,9	2,6	-6,3	3,0	-5,9	-1,0	-8,9	5,9	-7,0	3,8		
Importe	4,0	-2,4	1,2	-4,5	4,9	-3,2	3,0	-0,6	-0,5	-3,1	6,7	-2,6	5,0		
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.330	40.007	39.807	39.949	39.665	-	-	-	-	-	-	40.000	39.200		
Veränderung	1,4	-0,8	-0,5	-0,9	-0,7	-	-	-	-	-	-	-0,8	-2,0		
Arbeitslose (in Tsd.)	3.267	-	-	3.665	3.949	3.500	4.200	-	-	-	-	3.640	4.500		
Arbeitslosenquote	7,8*	7,7**	8,1**	8,8*	9,5*	-	-	8,3*	9,5*	-	-	8,7*	10,8*		
Preisindex der Lebenshaltung	2,6	0,8	1,4	0,7	0,9	0,5	1,3	0,1	0,7	0,6	1,5	0,4	2,1		
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-0,1	-2,4	-3,4	-1,9	-3,2	-3,0	-4,0	-3,3	-5,5	-	-	-3,4	-4,9		

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **Arbeitslosenquoten gemessen an den inländischen Erwerbspersonen. Quellen: Europäische Kommission 19.01.2009, Postbank 26.02.2009, BHF-Bank 16.02.2009, IfW 22.12.2008, Commerzbank 19.02.2009. Stand: 04.03.2009

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Gemäß einer Schnellschätzung von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt sowohl in der Eurozone als auch in der EU27 im vierten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorquartal um 1,5 v.H. gefallen. Dies bedeutet eine weitere erhebliche konjunkturelle Abschwächung nach einem Rückgang von 0,2 v.H. im dritten Quartal 2008 in beiden Gebieten. Insbesondere Deutschland, Italien und Portugal haben aktuell mit Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts zwischen minus 1,8 und minus 2,1 v.H. wesentlich zu dieser negativen Entwicklung beigetragen.

Die Ursachen für den Abwärtstrend sind vor allem in der sich weiter abschwächenden weltwirtschaftlichen Dynamik zu suchen. Dadurch sind die Exporte der Eurozone deutlich rückläufig und verschlechtern so die finanzielle Situation der Unternehmen. Dies wirkt sich wiederum negativ auf deren Investitionsverhalten aus. Diesen Verlust kann der private Konsum nicht kompensieren. Vielmehr beeinflusst die nach wie vor herrschende große Unsicherheit hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung das Aus-

gabeverhalten der Haushalte negativ. Hinzu kommt, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt in der Eurozone infolge der schwachen Konjunktur eingetrübt hat. Dies stellt einen weiteren destabilisierenden Faktor bezüglich der Kaufkraft der Haushalte dar.

Dementsprechend wird die derzeitige wirtschaftliche Lage in der Eurozone sowohl durch den ZEW Konjunkturlageindikator als auch durch den ifo Wirtschaftsklimaindikator negativ beurteilt. Die Werte beider Indikatoren haben zuletzt ihren historischen Tiefstand erreicht. Lediglich die leicht verbesserten Aussichten hinsichtlich der erwarteten wirtschaftlichen Lage in der Eurozone durch beide Indikatoren machen Hoffnung. Allerdings deuten die Erwartungen für die nächsten sechs Monate insgesamt lediglich auf eine Abschwächung der konjunkturellen Abwärtsspirale, jedoch nicht auf eine Trendwende hin.

Konjunkturoxperten gehen deshalb davon aus, dass die Krise noch mindestens bis Mitte 2009 anhält, bevor die Talsohle durchschritten wird. Zur Belebung der konjunkturellen Dynamik können dann mehrere Aspekte beitra-

gen. Nach einer Erstschtzung von Eurostat lag die Teuerungsrate der Verbraucherpreise im Januar 2009 bereits bei 1,1 v.H. und für die nächsten Monate ist ein weiterer Rückgang zu erwarten. Dies hat zum einen den Effekt, dass die Haushalte etwas entlastet werden und Unternehmen einem geringeren Kostendruck unterliegen. Zum anderen hat die Europäische Zentralbank durch den gesunkenen Inflationsdruck einen größeren Handlungsspielraum, den Leitzinssenkungen der letzten Wochen weitere Anpassungen folgen zu lassen, um so zusätzlich zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation beizutragen. Eine Senkung des Leitzinses von derzeit 2 v.H. auf 1 v.H. ist Experten zufolge durchaus denkbar. Nicht zuletzt spielen die Hilfsmaßnahmen in der Eurozone in Form von Konjunkturpaketen eine wesentliche Rolle für die konjunkturelle Stabilisierung. Diese fiskalpolitischen Stimuli der Mitgliedsländer können der entscheidende Faktor sein, um die Konjunktur wiederzubeleben und damit die Gefahr einer nachhaltigen Rezession abzuwenden.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
BIP, real	1,0	-0,5	-0,9	-2,6	1,2	-1,3	1,4	-0,9	1,8	-0,5	-1,2	-2,5
Privater Verbrauch	0,2	0,2	-0,5	-0,8	0,5	-1,8	0,9	-0,1	1,0	1,0	-0,5	-2,0
Investitionen	1,4	-2,8	-1,7	-5,7	-1,6	-8,0	4,5	-2,5	1,9	-3,8	-17,5	-17,5
Exporte	3,1	-1,1	-1,8	-6,7	2,7	0,6	2,4	-2,6	3,6	-0,5	1,0	-0,5
Importe	2,6	-1,2	-2,9	-4,0	0,6	-3,5	3,7	-2,3	2,4	0,3	-2,5	-4,0
Verbraucherpreise	3,3	1,1	3,3	0,9	4,1	1,2	4,5	1,1	3,2	1,2	4,1	-2,0
Arbeitslosenquote	7,5	9,3	6,7	8,2	11,3	16,1	6,9	8,0	4,1	5,1	6,5	9,7
Beschäftigung	0,7	-1,6	0,3	-1,8	-0,7	-3,9	1,5	-0,7	1,6	-0,8	-0,9	-4,0

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
BIP, real	2,25	-0,75	0,9	-1,1	2,0	-0,5	0,0	-1,5	3,1	0,3	0,7	-2,7
Privater Verbrauch	2,0	0,0	1,0	0,8	2,7	0,7	1,4	-0,5	2,4	1,1	1,6	-3,8
Investitionen	8,5	-6	0,3	-5,4	3,7	-6,4	-0,2	-4,2	-13,0	-7,9	-4,5	-10,3
Exporte	2,8	-2,25	2,4	-4,4	3,4	-3,3	0,7	-3,3	2,5	-5,3	0,5	-3,8
Importe	5,8	-2,5	2,3	-2,6	2,0	-2,1	1,9	-2,0	-1,3	-6,9	0,3	-8,3
Verbraucherpreise	2,5	1,5	2,8	0,8	2,5	2,1	2,6	1,2	4,2	2,4	3,6	1,0
Arbeitslosenquote	2,9	4,1	7,8	9,8	6,4	7,8	7,8	8,8	8,3	9,0	5,7	8,2
Beschäftigung	1,8	-0,2	0,8	-1,9	1,4	-1,5	0,6	-0,9	0,8	-0,1	0,5	-2,8

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: EFN, Mailand. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: La Caixa, Barcelona. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: BNP Parisbas, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: ISAE, Rom. Portugal: DGO, Lissabon. Griechenland: NBG, Paris. GB: NIESR, London. Stand: 27.02.2009

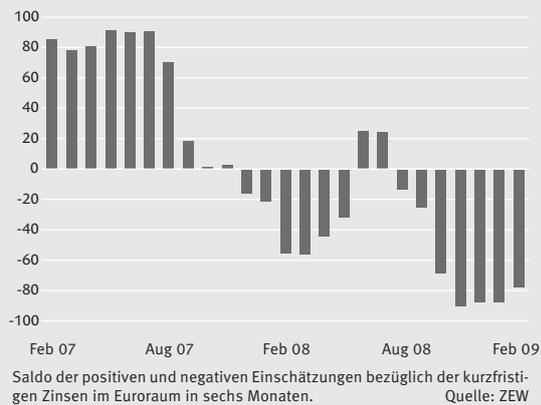
ZEW-FINANZMARKTTTEST

Ergebnisse der Februarumfrage 2009

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 02. – 16.02.09 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarkt-report (Redaktionsschluss 20.02.2009) veröffentlicht.

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

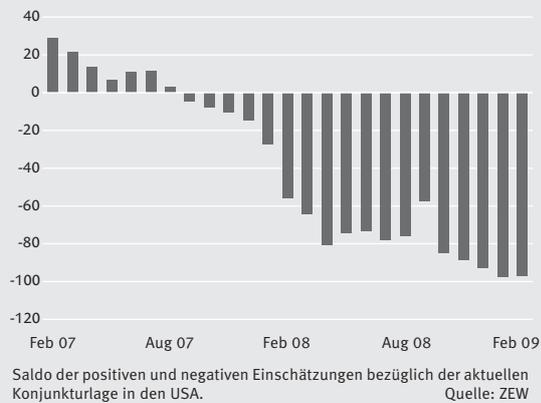


EZB: Weitere Zinssenkung im März erwartet

Knapp 83 v.H. der befragten Experten gehen davon aus, dass die EZB die Leitzinsen weiter senken wird. Nach einer Rücknahme von 2,0 Prozentpunkten im Januar hat die EZB im Februar eine Pause eingelegt. Gleichzeitig hat sie aber signalisiert, dass es nicht bei diesem Niveau bleiben muss. Bei der nächsten geldpolitischen Sitzung im März werden ihr die neuen Projektionen vorliegen, die sie im vierteljährlichen Rhythmus unter anderem für Inflation und Wachstum im Euroraum vornimmt. Erstschätzungen zufolge betrug die Inflationsrate im Januar nur noch 1,1 v.H. Die EZB geht davon aus, dass die Inflationsraten bis Mitte dieses Jahres weiter zurückgehen und sich dann stabilisieren werden. Aufgrund des nachlassenden Preisdrucks und angesichts der konjunkturellen Tiefphase dürfte sie ein weiteres Mal die Zinsen senken.

Sandra Schmidt

Konjktüreinschätzung: Vereinigte Staaten

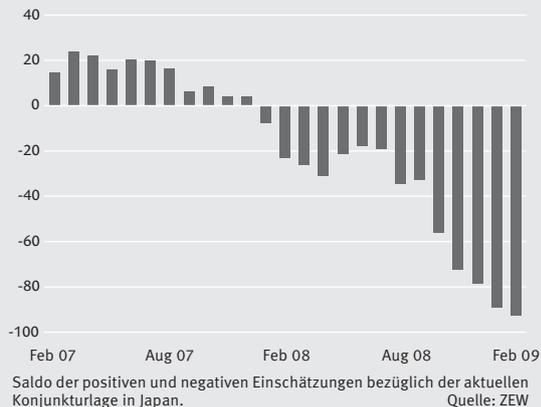


Vereinigte Staaten: Widersprüchliche Konjunktursignale

Die Einschätzung der Experten zur Konjunkturlage in den USA hat sich in diesem Monat kaum verändert. Nach wie vor bezeichnen mehr als 95 Prozent aller Experten die aktuelle Wirtschaftslage in den USA als schlecht. Ein Hoffnungsschimmer sind indessen die Einzelhandelsumsätze. Sie sind im Januar unerwartet gestiegen. Der Anstieg sollte aber nicht bereits als der Beginn eines Aufschwungs interpretiert werden, da er vor allem auf den Anreiz von Rabatten im Anschluss an den Winterschlussverkauf zurückzuführen ist. Darüber hinaus haben sich die Rahmenbedingungen für den privaten Verbrauch weiter verschlechtert. Nach einer Umfrage der Universität Michigan hat sich das Verbrauchervertrauen zudem weiter verschlechtert. Stabilisierend könnte sich das beschlossene Konjunkturpaket auswirken.

Matthias Köhler

Konjktüreinschätzung: Japan



Japan: Drastischer Einbruch bei den Exporten belastet die Konjunktur erheblich

Die aktuelle Konjunkturlage in Japan hat sich nach Ansicht der Experten im Februar weiter verschlechtert. Das kommt in der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Ausdruck. Im vierten Quartal 2008 sank das reale BIP um 3,3 v.H. im Vergleich zum Vorquartal. Bereits im dritten Quartal des vergangenen Jahres war Japans Wirtschaft erstmals seit sieben Jahren wieder in eine Rezession abgeglitten. Der Hauptgrund für das negative Wachstum im vierten Quartal 2008 ist der Einbruch bei den Exporten. Der starke Rückgang bei den Ausfuhren ist auf das schwache Wachstum der Weltwirtschaft und die Aufwertung des Yen zurückzuführen. Um die Konjunktur zu stabilisieren, plant die japanische Regierung laut Presseberichten ein weiteres Konjunkturpaket.

Matthias Köhler

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

ZEW-IDI bei konjunktureller Lage und Geschäftserwartungen gespalten

Im vierten Quartal 2008 steigt der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, um 1,8 Punkte auf 54,1 Punkte. Für diese Entwicklung ist vor allem die verbesserte Bewertung der Lage durch die IKT-Dienstleister, zu denen Softwareunternehmen, IT-Dienste, der IKT-Handel und Telekommunikationsdienstleister zählen, verantwortlich. Der Stimmungsindikator für diese Teilbranche steigt um 5,6 Punkte auf 52,5 Punkte. Die Lage bei den wissensintensiven Dienstleistern, also Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung und Werbung hat sich hingegen weiter verschlechtert. Der Stimmungsindikator für sie fällt von 61,4 Punkten im dritten Quartal 2008 auf 50,1 Punkte im vierten Quartal 2008.

Dies ist das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2008 durchgeführt hat.

Die leichte Erholung der wirtschaftlichen Lage bei den IKT-Dienstleistern spiegelt sich sowohl in der Bewertung der aktuellen Geschäftslage als auch in der Beurteilung der Geschäftserwartungen für das erste Quartal 2009 wi-

der. Der Teilindikator für die Geschäftslage steigt im Vergleich zum dritten Quartal um 7,5 Punkte auf 52 Punkte. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen steigt um 3,7 Punkte auf einen Wert von 53,1 Punkten.

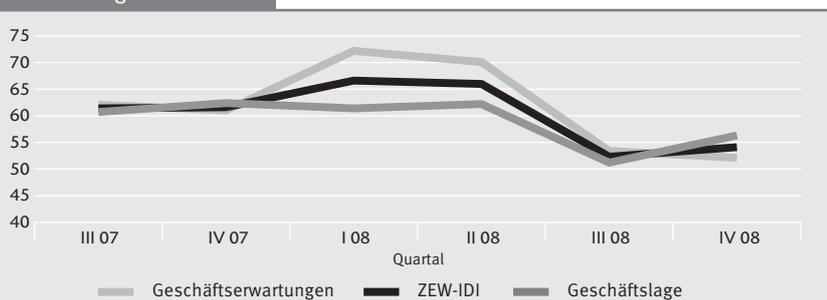
Die düstere Stimmung bei den wissensintensiven Dienstleistern wird vor allem von den deutlich schlechteren Erwartungen für das erste Quartal 2009 verursacht. Der Anteil der wissensintensiven Dienstleister, der sinkende Umsätze erwartet, steigt im vierten Quartal 2008 im Vergleich zum voran-

gegangenen Quartal um 20,2 Prozentpunkte auf 32,2 v.H. Besonders die Erwartungen der Architekten für das erste Quartal 2009 sind düster. Sie erwarten mehrheitlich eine rückläufige Nachfrage. Dies spiegelt auch der Arbeitsmarkt in diesem Bereich wieder. Zwar will etwa die Hälfte der Architekten keine Arbeitsplätze abbauen, nichtsdestotrotz planen rund zwei Fünftel der Architekten im ersten Quartal 2009 Personal zu entlassen. Auch in der Werbebranche werden die Geschäftserwartungen für das erste Quartal 2009 pessimistisch beurteilt. Mehr als zwei Fünftel der Werbefirmen rechnen mit sinkenden Umsätzen und Erträgen. Etwa ein Drittel der Unternehmen erwartet einen Rückgang der Nachfrage.

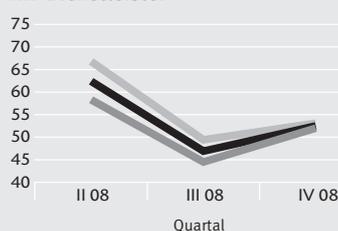
Die aktuelle Geschäftslage der wissensintensiven Dienstleister hat sich ebenfalls weiter verschlechtert. Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage wiedergibt, sinkt im vierten Quartal 2008 um 6,7 Punkte auf 54,7 Punkte. Beim Blick auf einzelne Branchen im wissensintensiven Dienstleistungsbereich zeigt sich ein differenzierteres konjunkturelles Bild. Bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern ist die wirtschaftliche Lage im vierten Quartal 2008 weniger positiv als im Vorquartal. Der Anteil der Unternehmen, der steigende Umsätze, Erträge und eine steigende Nachfrage meldet, ist gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, der von einem Rückgang dieser Größen berichtet, gestiegen. Die technischen Berater und Planer und die Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage im Vergleich zum dritten Quartal 2008 positiver. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung berichten von steigenden Umsätzen.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

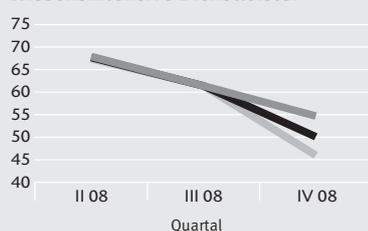
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen

Über Familienunternehmen wird in der Öffentlichkeit regelmäßig diskutiert. Oft wird dabei hervorgehoben, dass Familienunternehmen eine wichtige Stellung einnehmen. Ein Verweis auf konkrete Zahlen, die eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen offenlegen, erfolgt jedoch selten. Familienunternehmen sind schwer zu erfassen, weil offizielle Statistiken fehlen und darüber hinaus keine einheitliche Definition für Familienunternehmen existiert. Aktuelle Forschungsergebnisse des ZEW zeigen nun, dass Familienunternehmen je nach Definition zwischen 85 v.H. und 95 v.H. aller Unternehmen in Deutschland darstellen und einen Anteil an allen Beschäftigten zwischen 45 v.H. und 62 v.H. aufweisen.

Der Begriff des Familienunternehmens hat keine eindeutige Abgrenzung. Während einige Experten nur sehr kleine Unternehmen, in denen ausschließlich Familienmitglieder tätig sind, der Gruppe der Familienunternehmen zurechnen, bezeichnen andere auch global tätige Unternehmen mit mehreren tausend Beschäftigten und einer Familie an der Spitze als Familienunternehmen. In der Wissenschaft werden viele verschiedene Definitionen von Familienunternehmen diskutiert. Irrelevant für die Definition eines Familienunternehmens sind demnach Größenmerkmale wie Umsatz oder Beschäftigtenzahl. Ebenso bedeutungslos ist die Wahl der Rechtsform oder die Notiz an der Börse. Gemeinsames Merkmal aller Abgrenzungen ist das Bestehen eines maßgeblichen Einflusses der Familie. Auch wenn zum Teil bestritten wird, dass sich überhaupt scharfe Grenzen zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen ziehen lassen, weil der Einfluss einer Familie schwer zu messen ist. Um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen mit Zahlen zu belegen, ist daher eine eindeutige Abgrenzung unbedingt notwendig.

Eindeutige Abgrenzung von Familienunternehmen

Es werden drei Definitionen von Familienunternehmen verwendet. Die Definition des „eigentümergeführten Familienunternehmens“ kann dabei als die engste Definition angesehen werden.

- **Eigentümergeführte Familienunternehmen:** Diese Definition geht davon aus, dass ein Unternehmen dann als ein Familienunternehmen einzustufen ist, wenn Eigentum und Leitung des Unternehmens in der Hand einer Familie oder einer Person liegen. Damit diese Definition operationalisiert werden kann, muss genau festgelegt werden, wann dies der Fall ist. Im Weiteren liegt Eigentum und Leitung eines Unternehmens bei einer Familie, falls das Unternehmen ein Einzelunternehmen ist und von keinem explizit genannten Geschäftsführer geleitet wird oder, falls es eine Personengesellschaft ist, maximal drei persönlich haftende Gesellschafter besitzt. Sonderformen von Personengesellschaften (bspw. GmbH und Co. KG) werden auf ähnliche Weise wie Kapitalgesellschaften (siehe nachstehend) als Familienunternehmen klassifiziert. Kapitalgesellschaften werden als eigentümergeführte Familienunternehmen klassifiziert, falls der Geschäftsführer des Unternehmens auch ein Gesellschafter des Unternehmens ist (Geschäftsführer-Gesellschafter-Identität). Ferner muss für diese Unternehmen gelten, dass maximal drei natürliche Personen mindestens 50 v.H. am stimmberechtigten Kapital des Unternehmens halten (nachstehend als Kontrollregel bezeichnet). Sonderformen von Personengesellschaften werden als eigentümergeführte Familienunternehmen klassifiziert, wenn für ihre Komplementär-Gesellschaft die Geschäfts-

führer-Gesellschafter-Identität sowie die Kontrollregel gelten.

- **Familienkontrollierte Unternehmen:** Die zweite Definition folgt weitgehend der Definition der Stiftung Familienunternehmen (vgl. Stiftung Familienunternehmen 2007, S. 8). Entsprechend dieser Definition ist ein Unternehmen dann als ein Familienunternehmen einzustufen, wenn das Unternehmen von einer überschaubaren Anzahl von natürlichen Einzelpersonen oder Familien kontrolliert wird. Aufgrund dieser Definition müssen Eigentum und Leitung des Unternehmens nicht zwingend in einer Familie oder bei einer einzigen Person liegen. In den vorliegenden Untersuchungen wird bei Einzelunternehmen stets davon ausgegangen, dass der Inhaber die Kontrolle besitzt. Bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts und Personengesellschaften, ausgenommen Sonderformen von Personengesellschaften, wird von Kontrolle des Unternehmens durch eine einzige Person oder Familie ausgegangen, sofern maximal sechs Gesellschafter am Unternehmen beteiligt sind. Alle anderen Unternehmen (Kapitalgesellschaften und Sonderformen von Personengesellschaften) sind familienkontrollierte Unternehmen, sofern die oben genannte Kontrollregel gilt.
- **Nominelle Familienunternehmen:** Einer sehr schwachen Definition zufolge wird ein Unternehmen als Familienunternehmen klassifiziert, sofern der Unternehmensname einen Familiennamen enthält. Bei dieser Definition werden zusätzliche Kriterien wie Eigentum, Leitung und Kontrolle des Unternehmens durch eine Familie oder eine einzige Person bewusst nicht verwendet. Diese Definition umfasst sehr heterogene Unternehmen, darunter auch große Kapitalgesellschaften, deren Gründernamen noch im Unternehmensnamen enthalten ist. Gleichwohl gibt diese

Abgrenzung Anhaltspunkte dafür, welcher Anteil an Unternehmen mit einer Aufnahme des Familiennamens in den Firmennamen, als Zusatz zum oder anstelle einer sonstigen Bezeichnung, Externen möglicherweise gezielt signalisiert, dass eine Familie hinter dem Unternehmen steht (oder zumindest in der Vergangenheit gestanden hat) und gegebenenfalls die damit verbundenen positiven Reputationseffekte von Familienunternehmen nutzt.

Daten

Für die Erfassung von Familienunternehmen wurde der deutsche Unternehmensbestand, soweit er durch den Unternehmensdatenbestand des Verbandes der Vereine Creditreform (VVC) repräsentiert wird, verwendet. Diese Daten liefern ein repräsentatives Abbild der Unternehmen in Deutschland, selbst wenn sie über die einzelnen Rechtsformen hinweg nicht homogen sind und von den offiziellen Statistiken teilweise abweichen. Kapitalgesellschaften sind im Vergleich zu Einzelunternehmen und Personengesellschaften in der Regel besser erfasst. Personengesellschaften sind hingegen unterrepräsentiert. Zudem ist die gesamte Anzahl von Unternehmen etwas größer als in den offiziellen Statistiken, die Anzahl aller Beschäftigten hingegen kleiner. Die Häufigkeit von Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften nach Beschäftigtengrößen-

klassen stimmt zwischen VVC-Daten und offiziellen Statistiken weitgehend überein.

Ergebnisse

Auf Basis der verwendeten Daten existieren in Deutschland zurzeit 3,335 Millionen aktive Unternehmen. Davon sind 3,086 Millionen eigentümergeführte Familienunternehmen. Dieser Abgrenzung zufolge stellen Familienunternehmen rund 93 v.H. aller Unternehmen dar. Zudem beschäftigen sie rund 57 v.H. aller Erwerbstätigen. Erweitert man die Definition auf familienkontrollierte Unternehmen so lassen sich 3,170 Millionen Unternehmen ermitteln, die rund 95 v.H. aller Unternehmen umfassen und in denen etwa 62 v.H. aller Erwerbstätigen beschäftigt sind. Gemäß der Definition nomineller Familienunternehmen existieren nur 2,710 Millionen Familienunternehmen in Deutschland. Sie beschäftigen rund 45 v.H. aller Erwerbstätigen und stellen circa 81 v.H. aller Unternehmen dar (vgl. Tabelle). Im europäischen Vergleich – zu dem allerdings keine harmonisierten Statistiken mit einheitlichen Definitionen für Familienunternehmen vorliegen – ist Deutschland damit eines der Länder mit dem höchsten Anteil von Familienunternehmen an allen Unternehmen.

Ein Vergleich mit allen aktiven Unternehmen zeigt, dass Familienunternehmen in der Regel in Form eines Einzelunternehmens oder einer Personenge-

sellschaft auftreten, weniger häufig in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft. Ferner sind Familienunternehmen nicht gleichmäßig in allen Wirtschaftsbereichen vertreten. In den Wirtschaftsbereichen Baugewerbe und Gastgewerbe finden sich anteilig die meisten Familienunternehmen. Schließlich unterscheiden sich Familienunternehmen mit steigender Unternehmensgröße zunehmend von der Grundgesamtheit aller Unternehmen. Dies gilt beispielsweise hinsichtlich der durchschnittlichen Anzahl von Mitarbeitern. In der höchsten Umsatz- und Beschäftigtengrößenklasse mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz und mindestens 500 Beschäftigten sind die Unterschiede am größten.

Auch wenn Familienunternehmen im Durchschnitt weniger Umsatz und weniger Mitarbeiter unter großen Unternehmen aufweisen, stellen sie mit mehr als 90 v.H. den Großteil der Unternehmen dar. Allein die eigentümergeführten Familienunternehmen vereinen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland auf sich. Familienunternehmen sind somit für das Wachstum und die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland von erheblicher Bedeutung.

Waldemar Rotfuß, rotfuss@zew.de

Literatur:
Broer E., Ernst C., Huber S., Kirchdörfer R., Peters B., Rotfuß, W., Schmidt S., Schröder, M., Westerheide, P. (2008): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen, ZEW-Gutachten für das BMWi. Stiftung Familienunternehmen (2007): Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, Stiftung Familienunternehmen und IfM Bonn, Stuttgart.

Familienunternehmen im Vergleich mit allen Unternehmen

Merkmal/ Unternehmen	Aktive Unternehmen	Nominelle Familienunternehmen	Familienkontrollierte Unternehmen	Eigentümergeführte Familienunternehmen
Gesamtzahl, Gesamtbeschäftigung, Umsatz				
Unternehmen in Tsd.	3.335	2.710	3.170	3.086
Beschäftigte in Mio.	23,9	10,7	14,9	13,6
Umsatz in Tsd. (Median)	264	221	250	250
Anteil an der Gesamtzahl, der Gesamtbeschäftigung bzw. dem Gesamtumsatz (in v.H.)				
Unternehmen	100	81	95	93
Beschäftigte	100	45	62	57
Umsatz	100	34	55	48

Quelle: VVC-Daten, ZEW-Berechnungen

Determinanten der Effizienz lokaler Gebietskörperschaften

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte stark eingetrübt. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene. Angesichts dieser angespannten Lage vieler öffentlicher Haushalte wird die Diskussion über die effiziente Verwendung öffentlicher Mittel wieder an Bedeutung gewinnen und somit die Frage nach den Bestimmungsfaktoren dieser Effizienz. Basierend auf einer Stichprobe von baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen diskutiert dieser Beitrag Methoden, wie die Effizienz lokaler Gebietskörperschaften gemessen und Quellen potenzieller Ineffizienzen aufgedeckt werden können.

Der Gedanke der Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor hat in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen ist die finanzielle Lage vieler Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Kommunen) nach wie vor sehr angespannt. Eine Steigerung der Effizienz beispielsweise über Kosteneinsparungen würde somit zu einer Entlastung der Haushalte beitragen. Zum anderen spielt die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors im Standortwettbewerb um besonders mobile Faktoren wie (hochqualifizierte) Arbeit und Kapital eine wichtige Rolle. Gebietskörperschaften mit einer vergleichsweise geringen Effizienz in der Produktion öffentlicher Güter und Dienstleistungen weisen gegenüber anderen Gebietskörperschaften, die ihre Mittel effizienter einsetzen, einen Wettbewerbsnachteil auf, da sie für ein vergleichbares oder geringeres Angebot an öffentlichen Leistungen höhere bzw. gleich hohe Abgaben erheben müssen. Ineffizienzen im öffentlichen Sektor können dabei in vielfältiger Weise auftreten. So mögen beispielsweise öffentliche Verwaltungen überdimensioniert sein oder Aufträge nicht an die kostengünstigsten Anbieter vergeben werden.

Einen eher geringeren Stellenwert bei der Debatte um die Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors hat bisher das Verständnis für die Bestimmungsfaktoren dieser Effizienz erfahren. Informationen über die Hauptquellen von Ineffizienzen im öffentlichen Sektor können aber sehr nützlich sein. Sie liefern hilfreiche Anhaltspunkte für Politiker oder Amtsinhaber, wie poten-

zielle Ineffizienzen eingedämmt werden könnten. Studien, die sich mit den Determinanten der Effizienz lokaler Gebietskörperschaften (Kommunen) befassen, existieren bisher lediglich für Belgien, Spanien und Portugal. Für Deutschland gibt es noch keine vergleichende Studie. Aus diesem Grund hat das ZEW in einer Studie die Bestimmungsfaktoren der Effizienz für eine Stichprobe von baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen für den Zeitraum von 1990 bis 2004 untersucht.

In- und Outputindikatoren

Um die Determinanten der Effizienz zu analysieren, müssen in einem ersten Schritt zunächst Effizienzindikatoren berechnet werden. Dafür ist es notwendig, In- und Outputindikatoren für die betreffende Gebietskörperschaft zu identifizieren. Da sich (echte) öffentliche Güter jedoch per Definition der Bewertung durch Marktpreise entziehen, gestaltet sich die Bewertung des von einer Gebietskörperschaft bereitgestellten Outputs als relativ schwierig. Um potenzielle Messfehler bei den In- und Outputindikatoren zu minimieren, wurden daher nicht die Gebietskörperschaften als Ganzes herangezogen, sondern nur ein ausgewählter wichtiger Aufgabenbereich der Stadt- und Landkreise, nämlich die Bereitstellung und Instandhaltung von Kreisstraßen. Um adäquate In- und Outputmaße für diesen Aufgabenbereich ausfindig zu machen, wurde auf frühere Studien zur Messung der Effizienz im Straßenbau in den Vereinigten Staaten zurückgegriffen (Deller und Halstead, 1994). So wird

der Input, der notwendig ist, um Straßen zu bauen und instand zu halten, durch die gesamten Ausgaben (Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts) der Kreise für Kreisstraßen approximiert. Der Output wird dagegen durch zwei Indikatoren dargestellt: Die Quantität wird durch die gesamte (Kreis-)Strassenfläche eines Kreises abgebildet, wohingegen die Qualität der Straßen durch die Anzahl der Unfälle, die aufgrund schlechter Straßenverhältnisse – wie etwa Schlaglöcher oder Spurrillen – verursacht wurden, dargestellt wird.

Methoden zur Berechnung von Effizienzindikatoren

Zur Berechnung der Effizienzindikatoren existieren in der empirischen Forschung im Wesentlichen zwei verschiedene Verfahren: Nicht-parametrische und parametrische. Unter den nicht-parametrischen Verfahren findet vor allem das DEA-Verfahren (DEA = Data Envelopment Analysis; Farrell, 1957) Anwendung. Dieses Verfahren zielt darauf ab, mit Hilfe der beobachteten Kombinationen von Inputs und Outputs für jede Beobachtungseinheit (hier: Land- und Stadtkreise) einen Effizienzparameter zu bestimmen. Dieser Parameter beschreibt die Distanz zwischen der Position, welche die Beobachtungseinheit einnimmt, und der sogenannten Effizienzgrenze („best-practice frontier“). Die Effizienzgrenze beschreibt wiederum den Ort, an dem die Outputs – bei gegebenen Inputs – maximal ausfallen, d.h. die Effizienzgrenze wird aus den „effizientesten“ Einheiten gebildet. Die Effizienzparameter werden dabei durch die Lösung eines linearen Gleichungssystems (für jede Beobachtungseinheit) ermittelt.

Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den parametrischen Verfahren um verschiedene Varianten und Methoden zur Schätzung von Produktions- und Kostenfunktionen des öffentlichen Sek-

tors. Konkret wird hier ebenfalls eine effiziente Produktions- bzw. Kostengrenze ermittelt. Der Hauptunterschied zu den nicht-parametrischen Verfahren besteht aber darin, dass eine funktionale Form unterstellt wird. Ein weiterer Unterschied zu den nicht-parametrischen Verfahren besteht darin, dass die Distanz des Effizienzparameters von der Effizienzlinie, die bei den nicht-parametrischen Verfahren als Ineffizienz interpretiert wird, in zwei Komponenten zerlegt wird: Die erste Komponente repräsentiert diejenigen Effekte, die nicht durch Ineffizienzen ausgelöst werden („statistical noise“), die zweite Komponente stellt das Ausmaß der Ineffizienz dar. Durch diese Art der Zerlegung ist die Schätzung einer stochastischen Effizienzgrenze („stochastic frontier analysis“; Aigner, Lovell, Schmidt, 1977) präziser, als eine mit nicht-parametrischen Verfahren ermittelte Effizienzgrenze.

Verfahren zur Bestimmung der Determinanten der Effizienz

Nach der Ermittlung der Effizienzindikatoren wird dann in einem zweiten Schritt untersucht, welche Faktoren die Effizienz beeinflussen. Hierfür wird folgendes Modell geschätzt (mit i als Kreisindex und t als Zeitindex):

$$EI_{t,i} = \alpha_0 + \beta_1 \text{Umfeldvariablen}_{t,i} + \beta_2 \text{Determinanten}_{t,i} + \varepsilon_{t,i}$$

wobei $EI_{t,i}$ der Effizienzindikator für den Stadt- oder Landkreis i zum Zeitpunkt t darstellt, und $\text{Umfeldvariablen}_{t,i}$ bzw. $\text{Determinanten}_{t,i}$ Vektoren von Variablen repräsentieren, mit denen die Effizienzindikatoren erklärt werden sollen. Dabei werden zwei verschiedene Typen von Bestimmungsfaktoren unterschieden: Dies sind Variablen, welche die Produktionsbedingungen (und somit die Lage der Effizienzlinie) beeinflussen. Diese Variablen beschreiben unterschiedliche Charakteristika der Kreise. Ein Beispiel hierfür wäre die geographische Lage einer Gebietskörperschaft, denn Land- bzw. Stadtkreise, die in höheren Lagen liegen (beispielsweise im Schwarzwald) werden für die Bereitstellung von Straßen sicherlich höhere Ausgaben – etwa für aufwendige Brücken oder Tunnels – haben als Kreise in flacheren Regionen.

Neben diesen „Umfeldvariablen“ werden in die Gleichung die Determinanten oder Bestimmungsfaktoren der Effizienz aufgenommen. Diese Variablen beeinflussen lediglich die Effizienz der Gebietskörperschaften, sie haben aber keinen Einfluss auf die Produktionsbedingungen (oder die Lage der Effizienzlinie). Die Höhe der Finanzzuweisungen (für Kreisstraßen) oder das verfügbare Einkommen der Bürger eines Kreises wären Beispiele für solche Determinanten. Die Einflüsse dieser Variablen auf die Effizienz sind von besonderem Interesse, da sich aus ihnen Handlungsempfehlungen für die Praxis ableiten lassen.

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die Gleichung zu schätzen: Die Effizienzindikatoren können zunächst mit einem parametrischen oder nicht-parametrischen Verfahren ermittelt werden und die Gleichung kann dann entweder mithilfe einer Kleinstquadrat- oder einer Tobit-Regression geschätzt werden. Letztere Schätzmethode berücksichtigt die Tatsache, dass die Effizienzindikatoren zensiert sind, d.h. sie liegen zwischen 0 und 1. Neuere Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass diese (in der Vergangenheit häufig verwendeten) Verfahren zu verzerrten Schätzergebnissen führen können. Aufgrund dieser Tatsache wurden neue Verfahren entwickelt, die diese Verzerrung vermeiden sollen. Im Falle von Effizienzindikatoren, die mithilfe parametrischer Verfahren ermittelt werden, wurde ein einstufiges Verfahren entwickelt, das Effizienzindikatoren und Gleichung simultan schätzt. Ein alternatives Verfahren für Effizienzindikatoren, die mithilfe von nichtparametrischen Verfahren ermittelt werden, basiert auf der zweiten Stufe einer sogenannten „truncated“ Regression. Diese Art von Regression berücksichtigt die Tatsache, dass die Effizienzindikatoren nicht zwischen 0 und 1 zensiert sind, sondern dass die Skalierung zwischen 0 und 1 vielmehr ein künstlich geschaffenes Artefakt ist, welches die Effizienzwerte an der Stelle 1 „abschneidet“. Zudem wird zur Verfeinerung der Schätzung noch ein sogenanntes „bootstrapping“-Verfahren angewendet, welches wiederholt Statistiken auf der Grundlage der zugrundeliegenden Stichprobe berechnet.

Mit der Anzahl der Wiederholungen steigt die Güte der Schätzung der Parameter.

Ergebnisse und Fazit

Die Anwendung der eben skizzierten Verfahren auf die baden-württembergischen Stadt- und Landkreise zeigt, dass – bei gleichzeitiger Kontrolle für die unterschiedlichen Charakteristika der Kreise – die Effizienz mit dem verfügbaren Einkommen der Bürger eines Kreises, der Kreisumlage bzw. den Gewerbesteuererträgen sowie den Finanzzuweisungen für die Kreisstraßen sinkt. Was den Einfluss von politischen Variablen auf die Effizienz angeht, kann die Hypothese nicht bestätigt werden, dass die Effizienz mit steigendem politischem Wettbewerb (im Kreistag) steigt. Auf der anderen Seite deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Kreise mit einem höheren Sitzanteil von linken Parteien im Kreistag, ein geringeres Effizienzniveau aufweisen. Davon abgesehen lassen die Ergebnisse Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Vermeidung potenzieller Ineffizienzen im öffentlichen Sektor zu. Die negative Beziehung zwischen den Finanzzuweisungen und der Effizienz beispielsweise könnte dadurch unterbunden werden, dass die Zuweisungen mit bestimmten Produktivitätsklauseln oder Leistungsanreizen verbunden werden. Für die negative Beziehung zwischen der Kreisumlage und der Effizienz könnte man ähnlich argumentieren. Zum Schluss sei noch angemerkt, dass diese Analyse auf In- und Outputindikatoren basiert, die lediglich eine Approximation der „echten“ In- und Outputs darstellt. Dadurch, dass hier aber ein spezieller Bereich des (kommunalen) öffentlichen Sektors – nämlich die Bereitstellung und Instandhaltung von (Kreis-)Straßen – und nicht eine Gebietskörperschaft als Ganzes betrachtet wird, werden potenzielle Messfehler bei den In- und Outputindikatoren minimiert.

Alexander Kalb, kalb@zew.de

Literatur

- Aigner, D. J., C. A. K. Lovell, und P. Schmidt (1977). Formulation and Estimation of Stochastic Frontier Production Function Models. *Journal of Econometrics* 6, 21-37.
- Deller, S. und J. Halstead (1994): Efficiency in the Production of Rural Services: The Case of New England Towns, *Land Economics* 70, 247-259.
- Farrell, M. (1957). The Measurement of Productive Efficiency. *Journal of the Royal Statistical Society, Series A: General* 120, 253-281.

Quantitative Methoden in der Modernen Makroökonomik

In den vergangenen 15 Jahren hat sich die quantitative Analyse makroökonomischer Modelle neben der Ökonometrie als Methode zur Evaluation von Reformen unterschiedlicher Art etabliert. Reformvorschläge können mittels der quantitativen Methode aus wohlfahrtstheoretischer Perspektive beurteilt werden, womit die empirische Betrachtungsweise um eine wichtige Dimension erweitert wird. Im Folgenden werden die Grundidee der modelltheoretischen Herangehensweise und die damit verbundenen methodischen Herausforderungen skizziert, um anschließend die breiten Anwendungsmöglichkeiten anhand der Beispiele Privatinsolvenz und Steuerprogression in der Literatur aufzuzeigen.

Im Zentrum makroökonomischer Modelle stehen Haushalte, die ihren Konsum, ihr Sparverhalten sowie ihr Arbeitsangebot unter bestimmten Nebenbedingungen, wie beispielsweise Budgetrestriktionen, bestimmen. Die Haushaltsentscheidungen folgen den Vorlieben und Neigungen der individuellen Haushalte und der Ökonom bildet diese Präferenzen in der Regel mittels einer so genannten Nutzenfunktion ab, die unter Nebenbedingungen maximiert wird. Diese Herangehensweise hat den Vorteil, dass bei der Evaluation von Reformvorschlägen der tatsächliche Wert, den die Haushalte den Reformen aufgrund persönlicher Präferenzen zuzurechnen, berechnet werden kann. Somit wird die empirische Analyse, die auf der Veränderung beobachtbarer ökonomischer Größen wie Wachstum und Beschäftigung beruht, um eine wohlfahrtstheoretische Perspektive erweitert.

Zur Vereinfachung wird in Lehrbuchmodellen häufig angenommen, dass der komplette Haushaltssektor mit Hilfe eines einzigen repräsentativen Haushalts dargestellt werden kann. Diese Vereinfachung erlaubt meist analytische Lösungen des Optimierungsproblems sowie eine hinreichend genaue Charakterisierung des makroökonomischen Gleichgewichts. Sie erweist sich als hilfreich, um grundlegende Wirkungsmechanismen in der Ökonomie zu identifizieren und offen zu legen. Eine Politikempfehlung auf Grundlage dieser Modelle ist jedoch nur mit Einschränkungen möglich, da in der Realität die Haushalte in Bezug auf Präferenz, Einkommen und Fähig-

keiten unterschiedlich sind und auf ökonomische Anreize durch Reformen unterschiedlich reagieren. Folgendes Beispiel verdeutlicht dies: Angenommen, der Staat reduziert die Steuer auf Kapitaleinkommen und setzt somit einen Anreiz, mehr zu sparen. Haushalte mit Kapitalvermögen werden auf die Steuerreform mit einer Erhöhung ihrer Ersparnis reagieren, wohingegen die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung auf die Anreize nicht reagieren können, da sie gezwungen sind, ihr komplettes Einkommen für Konsum zu verwenden.

Aus diesem Grund greift die Wirtschaftswissenschaft für die Evaluation von Reformen auf Modelle mit heterogenen Agenten zurück. Diese stellen die Wissenschaftler jedoch vor besondere methodische Herausforderungen.

Methodische Herausforderung

Die methodische Herausforderung von Modellen mit heterogenen Agenten lässt sich an einem einfachen Beispiel erläutern: die Konsum- und Sparentscheidung der Haushalte mit Verschuldungsobergrenzen. Betrachten wir einen beliebigen Haushalt, der über ein gewisses Arbeitseinkommen und Vermögen verfügt. Um eine optimale Entscheidung über die Höhe der Ersparnis – und somit indirekt über die Höhe des Konsums – zu treffen, muss der Haushalt wissen, welche Rendite er auf seine Ersparnis bekommt. Die Rendite ist ein Preis, der über das zukünftige gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nach-

frage nach Kapital bestimmt wird. Die zukünftige gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Kapital beruht auf zukünftigen individuellen Optimierungsentscheidungen aller Haushalte und somit auf der Vermögensverteilung und den Einkommensmöglichkeiten der Zukunft. Im Gegensatz dazu ist das gesamtwirtschaftliche Angebot an Kapital in der Zukunft durch die Sparentscheidungen aller Haushalte in der Gegenwart bestimmt und beruht somit auf der heutigen Vermögensverteilung. Die Bildung des Zinssatzes reflektiert somit komplexe Zusammenhänge auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Da die Rendite essentiell für die Entscheidung eines Haushalts ist, muss er in seinem Optimierungskalkül die komplette Vermögensverteilung heute und deren Entwicklung morgen beachten. Nun ist aber eine Verteilung mathematisch gesehen ein unendlich-dimensionales Objekt, sodass der Haushalt vor einem aus analytischer Sicht kaum zu bewältigenden Problem steht.

Seit Anfang der 90er Jahre werden Probleme dieser Art mit numerischen Lösungsverfahren angegangen. Das bedeutet, es wird keine allgemein gültige Lösung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bestimmt, sondern ein Gleichgewicht für bestimmte Spezifikationen der Modellparameter numerisch berechnet. Allerdings wird selbst für abstrakte Modelle mit geringer Anzahl an Entscheidungs- und Zustandsvariablen eine enorme Rechenleistung benötigt, sodass selbst leistungsstarke Computer mehrere Tage bis Wochen mit der numerischen Lösung des Gleichgewichts beschäftigt sind. Aus diesem Grund ist die Entwicklung von effizienteren Lösungsverfahren ein aktives Forschungsfeld von Makroökonomern geworden.

An dieser Stelle ist die Frage durchaus berechtigt, ob dieses Problem nicht nur akademischer Art ist. In der Realität sehen wir, dass der Haushalt offensichtlich eine Entscheidung trifft,

obwohl er höchstwahrscheinlich das Optimierungsproblem nicht gelöst hat. Mit anderen Worten: Wenn der Wissenschaftler das Problem nur mit hohem Rechenaufwand und Computerleistung lösen kann, wie sollen dann die Haushalte diese Meisterleistung in ihren täglichen Entscheidungen erbringen? Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Erstens entscheiden die Haushalte immer wieder erneut über Konsum und Arbeitsangebot und „erlernen“ dabei die optimale Entscheidungsregel beziehungsweise eine gute Daumenregel mit der Zeit. Das ökonomische Modell jedoch fokussiert auf das Gleichgewicht, sodass für die Modellierung der Lernprozess der Haushalte abgeschlossen ist, was einem rationalen vorausschauenden Agenten in den Modellen entspricht. Zweitens sollten Abweichungen von rationalem Verhalten der Haushalte wohlbegründet sein, um noch wissenschaftlich tragfähige Aussagen und Ergebnisse zu bekommen. Im Folgenden betrachten wir nun die beiden Anwendungsbeispiele.

Reform der Privatinsolvenz

Die Möglichkeit, Privatinsolvenz anzumelden ist aus wohlfahrtstheoretischer Sicht nicht eindeutig zu bewerten. Auf der einen Seite ermöglicht sie hochverschuldeten Haushalten einen schuldenfreien Neubeginn und erhöht deren Lebenszeitnutzen auf Grundlage eines reduzierten Armutsrisikos. Auf der anderen Seite führt eine erleichterte Anmeldung von Privatinsolvenz dazu, dass Haushalte am unteren Ende der Vermögensverteilung Kredite nur zu hohen Zinsen bekommen, aus Angst des Kreditgebers, sie melden in naher Zukunft Insolvenz an. Der Risikoaufschlag ist de facto eine Zugangsbeschränkung zum Kreditmarkt und erschwert es dem Haushalt, seinen Konsum zu glätten. Folglich sinkt der Nutzen eines risikoscheuen Haushalts durch eine Vereinfachung der Privatinsolvenzanmeldung. Die Ausgestaltung des Insolvenzrechts, insbesondere wie leicht es ist, den Gläubigerschutz in Anspruch zu nehmen, ist deshalb aus wohlfahrtstheoretischer Perspektive von Bedeutung.

Im US-amerikanischen Insolvenzgesetz wird private Insolvenz in Chapter 7, das zu einer Liquidierung der Schulden führt, und Chapter 13, welches eine Reorganisation der Schulden vorsieht und damit der deutschen Privatinsolvenz ähnelt, geregelt. Eine Insolvenz nach Chapter 7 sieht die Herausgabe aller Vermögensgegenstände oberhalb eines nach Bundesstaaten stark variierenden Freibetrages vor. Der Rest der Schulden wird dann umgehend erlassen. Im Jahr 2000 haben knapp 1,2 v.H. aller US-amerikanischen Haushalte Privatinsolvenz angemeldet, über zwei Drittel von ihnen nach Chapter 7. Um diese hohe Anmeldequote zu reduzieren, beriet der Kongress über eine Reform des Insolvenzrechts, die schließlich im Herbst 2005 in Kraft trat. Die in der Reform vorgeschlagene Erschwerung der Insolvenzanmeldung führt dazu, dass die Risikoprämien auf Kredite an Haushalte mit geringem Vermögen sinken, und somit der Kreditmarkt für diese Bevölkerungsgruppe leichter zugänglich wird. Welche Wohlfahrtseffekte diese Reform des Insolvenzrechts hat, wurde von Chatterjee et al. (2002) in einem dynamischen Gleichgewichtsmodell, das die wesentlichen Charakteristika von Chapter 7 modelliert, berechnet. Der Wohlfahrtseffekt beträgt in diesem Fall 0,125 v.H., d.h. die Haushalte wären bereit, in jeder Periode auf 0,125 v.H. ihres Einkommens zu verzichten, um das neue Insolvenzrecht zu implementieren. Dies stellt im Vergleich mit anderen in der Literatur diskutierten Reformwirkungen einen substantziellen wohlfahrtfördernden Effekt dar.

Optimale Progression einer Einkommenssteuer

In der öffentlichen Diskussion wird eine Progression der Einkommenssteuer über gerechtigkeits-theoretische Überlegungen begründet. Die ökonomische Sichtweise wird dabei oft vernachlässigt, obwohl es sowohl wohlfahrtstheoretische als auch effizienztheoretische Gründe für eine Steuerprogression gibt. Eine progressive Steuer ist eine Umverteilung von den reicheren zu den ärmeren Schichten und wirkt somit wie eine Versicherung gegenüber Einkommensrisiken, d.h. ins-

besondere gegen das Risiko, arbeitslos zu werden. Diese Versicherung reduziert demnach das idiosynkratische Risiko und nimmt somit einen positiven Einfluss auf die gesamte Wohlfahrt in der Ökonomie. Dem positiven Effekt steht jedoch ein negativer gegenüber: eine Besteuerung des Einkommens, insbesondere eine nicht-lineare, setzt Anreize von den ehemals optimalen Spar- und Konsumentscheidungen abzuweichen, sodass die Steuer letztlich zu Effizienzverlust führt. Eine optimale Ausgestaltung der Einkommensteuer muss folglich den Zielkonflikt zwischen erhöhter Versicherung auf der einen Seite und Effizienzverlust auf der anderen Seite ausgleichen.

Conesa und Krüger (2006) haben im Rahmen eines dynamischen Gleichgewichtsmodells mit Hilfe einer flexiblen, jedoch sehr einfachen funktionalen Form des Grenzsteuersatzes berechnet, welche Progression der Einkommenssteuer in den Vereinigten Staaten optimal ist. Die optimale Einkommenssteuer für die Vereinigten Staaten bestünde nach Erkenntnissen der Forscher aus einem konstanten Grenzsteuersatz von 17,2 v.H. und einem Steuerfreibetrag von ungefähr 9.400 US Dollar. Die Erhöhung des Steuerfreibetrags führt zu einer Umverteilung zu Gunsten der ärmeren Haushalte, wohingegen der konstante Grenzsteuersatz die reichen Haushalte entlastet. Summa summarum liegt eine Vermögensumverteilung zu den äußeren Vermögensschichten vor. Der modelltheoretische Ansatz mit dem Fokus auf Wohlfahrtsgewinne verfügt in der Analyse von Conesa und Krüger (2006) über einen besonderen Vorteil: Die vorgeschlagene Einkommenssteuerreform verspricht Wohlfahrtsgewinne, die insgesamt annähernd 62 v.H. der Bevölkerung betreffen. Dies bedeutet, dass für die vorgeschlagene Reform in der Bevölkerung eine solide Mehrheit besteht und demnach aus politischer Sicht diese Reform durchaus umsetzbar wäre.

Martin Scheffel, scheffel@zew.de

Literatur

- Chatterjee, Satyajit/ Corbae, Dean/ Nakajima, Makoto/ Rios-Rull, Jose-Victor 2002: A Quantitative Theory of Unsecured Consumer Credit with Risk of Default, in: CAERP Working Paper No. 2.
Conesa, Juan Carlos/ Krueger, Dirk, 2006: On the Optimal Progressivity of the Income Tax Code, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 53(7), pp. 1425-1450

Zur Preisentwicklung im Euroraum

Im Euroraum werden im Moment stark nachlassende Inflationsraten beobachtet. Stellenweise wird in diesem Zusammenhang auf die Gefahr einer Deflation hingewiesen. Dieser Artikel beleuchtet den Unterschied zwischen Disinflation und Deflation und geht auf die Preisentwicklung im Euroraum ein.

Mitte des Jahres 2008 waren die Menschen noch mit deutlichen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln konfrontiert. Diese äußerten sich in Inflationsraten von bis zu 4 v.H. im Euroraum. Inzwischen hat sich das Bild jedoch geändert. Eine weltweit rückläufige Nachfrage hat zu Preisrückgängen bei denjenigen Gütern geführt, die für den damaligen Teuerungsschub verantwortlich waren. Im Januar dieses Jahres lag die Inflationsrate nur noch bei 1,1 v.H., und eine weitere Abschwächung der Inflation wird als wahrscheinlich erachtet. In Folge dieser Entwicklung hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen im Euroraum angepasst. Ausgehend von 4,25 v.H. im Juli 2008 hat sie die Zinsen sukzessive auf 2 v.H. gesenkt. Experten erwarten, dass sie den Zinssenkungskurs in den nächsten Monaten fortführt.

Disinflation versus Deflation

Dieser Vorgang, also der spürbare Rückgang der Inflationsraten, wird als Disinflation bezeichnet. Er ist hilfreich für die Wirtschaft, denn für deren Funktionieren ist es wichtig, dass Geld einen verlässlichen Wert besitzt. Gleichzeitig wird eine leicht positive Inflationsrate im Allgemeinen als Schmiermittel für die Wirtschaft bezeichnet. Dies gilt vor allem bei Rigiditäten am Arbeitsmarkt, wenn also die Nominallöhne nach unten starr sind. In einem solchen Falle könnten nach einem negativen Schock

Reallohnsenkungen nicht durchgeführt werden. Über positive Inflation könnte eine Anpassung der Reallöhne zumindest teilweise erfolgen. Im Einklang mit dieser Überlegung hat die EZB das Ziel der Preisniveaustabilität so definiert, dass die Inflationsraten mittelfristig unter, aber nahe bei zwei v.H. liegen sollen. Die derzeit geringen Inflationsraten sowie der schwache konjunkturelle Ausblick haben dazu geführt, dass in der öffentlichen Diskussion teilweise die Sorge geäußert wird, dass die Disinflation in eine Deflation umschlagen könnte. Eine Deflation bezeichnet ein dauerhaftes Sinken des Preisniveaus, also Inflationsraten unter null. Sie kann durch eine lang anhaltende Nachfrageschwäche ausgelöst werden und wird daher oft von einem stagnierenden oder rückläufigen Bruttoinlandsprodukt begleitet. Die Gefahr einer Deflation besteht im Wesentlichen darin, dass die Wirtschaftsakteure weiter sinkende Preise erwarten und infolgedessen Konsum und Investitionen hinauszögern. Damit verstärkt sich eine Nachfrageschwäche und es kommt zu einer Unterauslastung der Kapazitäten. Die Aufbewahrung des Geldes wird durch die Deflation attraktiver, da es an Wert gewinnt. Auch am Arbeitsmarkt kann Deflation zu Ungleichgewichten führen. Denn Deflation würde verlangen, dass die Nominallöhne gesenkt werden. Allerdings ist ein solcher Schritt oft schwierig durchzusetzen und wäre darüber hinaus

schädlich für die Konjunktur, da es die bereits bestehende Nachfrageschwäche verstärken würde. Die Zentralbank hat im Falle einer Deflation relativ wenig Spielraum. Im Falle Japans, das als bekanntestes Beispiel für die Probleme einer Deflation gilt, lagen die Zinsen über Jahre hinweg nahe null. Die japanische Zentralbank betrieb daher eine Politik der quantitativen Lockerung. Dies bedeutet, dass sie über den Ankauf von Staatspapieren versuchte, die Geldmenge, die sie in die Wirtschaft gab, zu erhöhen.

Preisausblick für den Euroraum

Von der EZB befragte Experten erwarten für 2009 mit 0,9 v.H. im Jahresdurchschnitt sehr geringe Inflationsraten. Auf lange Sicht bewegen sich ihre erwarteten Inflationsraten jedoch auf zwei Prozent zu. Hinsichtlich des Verlaufs der Inflationsrate in diesem Jahr geht die EZB davon aus, dass die Inflationsrate bis Mitte des Jahres weiter nachlassen wird. Dies ist zum Großteil den statistischen Basiseffekten in Folge der Energie- und Nahrungspreissteigerungen des Vorjahres geschuldet. Nach dem Sommer dürften diese Effekte auslaufen und sich die Inflation infolgedessen stabilisieren. Diese Argumentation wird von der Entwicklung der Kerninflationsrate gestützt. Sie wird ohne die stark volatilen Komponenten der Energie und Nahrungsmittel berechnet und lag im Januar 2009 mit 2,1 v.H. durchaus im üblichen Bereich. Vor diesem Hintergrund ist die Gefahr einer Deflation als gering einzuschätzen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Steffen Osterloh, Telefon 0621/1235-165, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: osterloh@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009